

A n t r a g

der Parlamentarischen Gruppe der FDP

Gasförderung in Thüringen - Alle Optionen müssen auf den Tisch

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Abmilderung der Gasversorgungskrise in Deutschland sämtliche Optionen für die Gasförderung und -erzeugung in Thüringen zu evaluieren.

Dazu zählen vor allem

- eine schnellere und unbürokratische Genehmigung für die Exploration Thüringer Gasfelder mittels konventioneller Gasfördermethoden,
- eine ergebnisoffene Prüfung auch unkonventioneller Gasfördermethoden und -lagerstätten in Thüringen (hierzu zählen unter anderem Gefahrenabschätzung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Potential- und Effizienzanalysen sowie konkrete Umsetzungszeiträume zur Förderung von Erdgas aus gebundenen Lagerstätten),
- eine stärkere Positionierung pro Erdgasförderung in Zeiten der Gasversorgungskrise, um Thüringer Gemeinden, die sich an Gasförderprojekten beteiligen möchten, mehr Rückendeckung zu geben,
- die Prüfung, welche Kapazitäten bei Thüringer Biogaserzeugern bestehen, regional erzeugtes Biogas nach einer technischen Aufbereitung ins Gasnetz einzuspeisen.

Begründung:

Mit der Ausrufung der Alarmstufe im Notfallplan Gas durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wurde die Verletzlichkeit und Abhängigkeit Deutschlands von ausländischer fossiler Energie abermals deutlich. Die Projektionen für die gesetzlich vorgegebenen Füllstände der deutschen Gasspeicher erreichen in keinem durchgerechneten Szenario eine Versorgungssicherheit für den späten Winter.

Seit den Sabotageakten an den Gaspipelines Nordstream 1 und 2 ist eine Rückkehr zu Gaslieferungen aus Russland, auch technisch, auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Da die russische Regierung die Gaslieferungen als Waffe in einem (Wirtschafts-)Krieg einsetzt, liegt es nun an uns, alle Möglichkeiten zur einheimischen Gasförderung in Erwägung zu ziehen und, wo es möglich ist, zu genehmigen und durchzuführen.

Hierzu zählen zum einen erleichterte Genehmigungen für die Ausweitung der konventionellen Gasförderung. So haben zum Beispiel die Genehmigungen der LNG-Terminals an der deutschen Nordseeküste gezeigt, dass in der aktuellen Krisensituation sehr leicht auf Beteiligungsprozesse und Umweltverträglichkeitsprüfungen verzichtet werden kann. Mittlerweile befindet sich das Terminal in Wilhelmshaven nach kurzer Genehmigungszeit im Bau. Zum anderen muss die Diskussion um eine

Erdgasförderung mittels unkonventioneller Förderung, der sogenannten Fracking-Methode, wiederbelebt werden.

Unterhalb Deutschlands befinden sich 2,3 Billionen Kubikmeter technisch erschließbares Erdgas aus Schiefergesteinen. Zum Vergleich: In Deutschland wurden im Jahr 2021 knapp 5,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas gefördert. Eine deutliche Reduktion der Abhängigkeit sowohl vom russischen Erdgas als auch vom US-amerikanischen LNG-Gas wäre somit durchaus möglich.

Des Weiteren fürchten Gemeinden oft Protestbündnisse, die vor Ort gegen Erdgas-Projekte mobilisieren. Hier muss die Landesregierung den Erdgasunternehmen und betroffenen Gemeinden stärker Rückendeckung geben. Freistaat und Gemeinden dürfen sich hier nicht die Verantwortung gegenseitig zuschieben. Die Beantragung einer sogenannten gewerblichen Erlaubnis ist für Firmen, die in die Erdgasförderung investieren wollen, sinnlos ohne entsprechende politische Unterstützung. Ebenfalls sind bestehende Potentiale bei der Einspeisung von Biogas in das Gasversorgungsnetz zu prüfen und bestehende bürokratische Hemmnisse abzubauen. So sollte die Landesregierung im Bundesrat der vom Deutschen Bundestag vorgeschlagenen Änderung im Energiesicherungsgesetz zustimmen.

Für die Parlamentarische Gruppe:

Kemmerich